

Dr. Stephan Eisel

An der Vogelweide 11

53229 Bonn

stephan.eisel@gmx.net

(13. Oktober 2011)

Zur Piratenpartei: **Die Auserwählten**

von Stephan Eisel

(Erschienen in: Die Tagespost 13. 10. 2011)

Sie ist zwar mit 8,9 Prozent ins Berliner Abgeordnetenhaus gewählt worden, aber kaum jemand weiß, wofür die Piratenpartei eigentlich steht. Programm, Personal und Wählerschaft offenbaren ein diffuses Bild. Klar ist nur die völlige Fixierung der Partei auf das Internet – mit vielen problematischen Konsequenzen.

Blickt man auf die Wählerschaft der Piratenpartei, so handelt es sich um eine linke Protestpartei. Die Hälfte der Berliner-Piratenwähler waren bisherige Nichtwähler (23 000) oder haben zuletzt Splittergruppen gewählt (22 000). Die andere Hälfte kam von bisherigen Wählern linker Parteien (Grünen 17 000, SPD 14 000, LINKE 13 000). Nur 6 000 frühere FDP-Wähler und 4 000 frühere CDU-Wähler gaben den Piraten ihre Stimme.

Ein unklares Bild vermittelt das Führungspersonal der Piratenpartei. Der Bundesvorsitzende Sebastian Nerz, ein 28-jähriger Student der Bioinformatik aus Tübingen, war früher Mitglied der CDU. Sein Stellvertreter ist ein 40-jähriger Regierungsdirektor im Bundesverteidigungsministerium. Der neue Berliner Fraktionsvorsitzende, Andreas Baum, will sich weder links noch rechts einordnen lassen. Von den 15 Piraten, die jetzt ins Abgeordnetenhaus der Hauptstadt einziehen, sind nur zwei über 50 Jahre alt, zugleich sind nur fünf jünger als 30 Jahre. Lediglich drei kommen nicht aus dem Bereich Software/Elektronik/Mathematik. Sechs geben keinen erlernten Beruf an, sechs üben zurzeit keinen Beruf aus. Frauen sind bei den Piraten weitgehend unterrepräsentiert: Weiblich ist allein das jüngste Mitglied der Fraktion, eine 19-jährige Schülerin.

„Freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher Identität“

Auf der Suche nach dem Charakter der Piraten hilft auch das Grundsatzprogramm der Partei kaum weiter. Es umfasst nur 23 Seiten, wovon sich zwei Drittel mit dem Internet befassen. Im Telegrammstil werden nur wenige andere Bereiche abgehandelt. Der Umweltpolitik sind zwölf allgemeine Sätze gewidmet. In der Sozialpolitik geht es allein um ein „individuell und bedingungslos garantiertes“ Grundeinkommen. Wirtschafts- und Finanzpolitik kommen ebenso wenig vor wie Außen-, Europa- oder Entwicklungspolitik. Der Abschnitt „Geschlechter- und Familienpolitik“ besteht aus der Forderung nach „freier Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung“. In der Bildungspolitik sollen die Lernenden die Lernziele bestimmen. Auch das Berliner Wahlprogramm liefert kaum Stichworte zum allgemeinen politischen Profil der Piratenpartei, wenngleich sich dort Vorschläge wie „fahrtscheinlose Nutzung ÖPNV zum Nulltarif“ oder zur Drogenpolitik die Forderung „Konsumentenjagd beenden“ finden. Zur Finanzierung ihrer Vorhaben bleibt die Piratenpartei jede Auskunft schuldig.

Ausführlich dagegen befassen sich die Piraten in ihren Programmen mit dem Thema Internet, das für sie Urquell und Fixstern ist. In den „Zehn Thesen zur Netzpolitik“ der Piraten heißt es: „Im Netz entscheiden sich die Geschehnisse der materiellen Welt.“ Solche Heilserwartungen an das Internet sind zwar in der Internet-Community seit langem verbreitet, haben aber zwei dramatische Konsequenzen: Zum einen ist mit dem Internet als zentralem Bezugspunkt nur bedeutsam, was im Cyberspace stattfindet; die Offline-Welt wird sekundär. Zum anderen darf das Internet nicht angetastet werden, sondern muss als Dreh- und Angelpunkt der „Geschehnisse der materiellen Welt“ geschützt werden.

Deshalb stilisieren die Piraten das Internet zum Raum unbegrenzter Freiheit: „Im Netz haben unsere Vorstellungen über elementare Merkmale unserer realen Welt keine Gültigkeit. Begriffe wie Raum, Zeit, Nähe, Territorium, Identität, Gewalt, Ressourcen, Freiheit, Arbeit und Eigentum haben im Netz gänzlich andere Bedeutung. Das Netz wird von anderen Gesetzmäßigkeiten bestimmt. Unsere Forderung daraus: Gesetze der realen Welt dürfen nicht einfach auf das Netz angewendet werden.“ Dies ist der Kern der Piraten-Ideologie.

Zentraler Punkt ist dabei der Kampf gegen das Urheberrecht. Die Piratenpartei propagiert die „Kostenloskultur im Netz“ mit „beliebiger Nutzung und Vervielfältigung“. Der Schutz geistigen Eigentums wird von den Piraten abgelehnt. Sie halten die Verhinderung von Raubkopien im Internet für einen unzulässigen Freiheitseingriff.

Zentraler Punkt ist der Kampf gegen das Urheberrecht

Als „Internetzensur“ lehnte die Piratenpartei auch 2009 das von der Großen Koalition verabschiedete Gesetz zur Sperrung kinderpornografischer Internetseiten ab. Zugleich finden sich in den Programmen der Piratenpartei keine Aussagen dazu, wie man solche Straftaten im Internet verhindern sollte, sondern lediglich der bemerkenswerte Satz: „Im Netz geschehen keine Schwerverbrechen.“

Die Piraten übertragen ihre Ablehnung staatlicher Eingriffe im Internet aber auch auf die Welt außerhalb des Netzes und fordern in ihrem Berliner Wahlprogramm: „Keine Überwachung auf öffentlichen Plätzen.“ Abgeschafft werden sollte auch die Erfassung der Religionszugehörigkeit durch staatliche Stellen, denn „ein staatlicher Einzug von Kirchenbeiträgen kann nicht gerechtfertigt werden“. Dies sei ebenso wie die Verfolgung von Schwarzfahrern ein ungerechtfertigter Eingriff des Staates.

Aus dem Internet leiten die Piraten auch ihr Modell „Flüssige Demokratie“ („Liquid Democracy“) ab. Danach sollen sich Bürger ständig über das Internet am politischen Entscheidungsprozess beteiligen. Dabei blenden die Piraten nicht nur die Menschen ohne Netzzugang oder Netzzugangswillen aus (in Deutschland knapp ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung), sondern privilegieren auch unter der Minderheit der politisch Interessierten noch die Kleingruppe der politischen Aktivisten und „Zeitreichen“. Selbst in der Piratenpartei bleiben Internet-Abstimmungen ein Minderheiten-Spielplatz: Wenn in der parteiinternen Plattform „Liquid Feedback“ etwas zur Abstimmung gestellt wird, macht nur ein harter Kern von etwa fünf Prozent der Parteimitglieder mit.

Die Vorstellungen einer neuen Demokratie gehen bei den Piraten noch weiter. Ihr Berliner Spitzenkandidat, Andreas Baum, plädierte im vergangenen September allen Ernstes für die Aufhebung jeder Altersgrenze bei der Wahlberechtigung: „Wir möchten die Hürden für die Teilnahme an Wahlen absenken und vor allem Jugendliche und Kinder früh dafür motivieren, sich mit dem politischen Geschehen auseinanderzusetzen. Nach umfangreichen Diskussionen sind wir überein gekommen, dass wir hier keine neue starre Altersgrenze einführen möchten. Wir gehen davon aus, dass ein Kind ab dem Zeitpunkt, in dem es frei den Willen zur Teilnahme äußern kann und selbst die Motivation hat, sich in das Wählerverzeichnis einzutragen, auch ein hinreichendes Interesse hat, sich mit politischen Sachverhalten auseinanderzusetzen.“

Der Cyberspace im Internet steht auch Pate für die Piraten-Forderung nach völliger Transparenz von Staat und Politik, denn sie gehen fälschlicherweise von einer völligen Transparenz im tatsächlich unübersichtlichen Internet aus. Dabei praktiziert die Piratenpartei selbst wie selbstverständlich drei grundlegende Transparenzeinschränkungen:

Erstens gilt für die Piraten das Internetmonopol. Dem Transparenzgebot ist danach Genüge getan, wenn etwas im Netz zu finden ist. Wer keinen Internetzugang hat, bleibt außen vor. Nimmt man zweitens das Internetangebot der Piratenpartei als Maßstab, so ist dessen Hauptkennzeichen die Unübersichtlichkeit – bekanntlich das Gegenteil von Transparenz. Im Gewirr zwischen Homepages, wikis, liquid feedback, piratenpad und vielem mehr findet der Nutzer vieles – aber nur, wenn er Zeit und überdurchschnittliche Internetkenntnisse hat. Drittens muss bei den Piraten oft die Hürde einer schwer verständlichen Expertensprache mit vielen Insiderkürzeln überwinden, wer eines der Parteidokumente gefunden hat und lesen will.

In der Berliner Piratenfraktion wurde außerdem schon einmütig festgelegt, dass keineswegs alles aus der Partearbeit öffentlich sein soll. Gemessen an den anderen Parteien ist das ein normales Verhalten, gemessen am eigenen Anspruch ist es ein glattes Versagen. Piraten-Transparenz ist nichts für alle, sondern ist eine selektive Eliten-Transparenz.

Noch gebärden sich die Piraten zur Freude der Medien als Spaßvögel, bei denen die Art des Auftritts mehr zählt als der Inhalt. Doch auf die Dauer wird es den Wählern nicht reichen, auf wichtige Fragen zur Politik zu hören: „Dazu haben wir noch keine Meinung.“ Nach ihrem Berliner Wahlerfolg wird die Kandidatur der Piratenpartei bei der Bundestagswahl 2013 sicher ernster genommen (werden müssen).

Verbindung von Freiheit und Verantwortung abgelehnt

Gerade beim Kernthema der Internetpartei tritt dabei die problematische Grundausrichtung der Piraten offen zu Tage: Ihr Menschenbild ignoriert die Verschiedenartigkeit und Gleichwertigkeit der Menschen. Denn wer mit dem Internet nichts anfangen kann oder will, passt nicht in ihr digitales Weltbild und gehört nicht zu den „Auserwählten“ der neuen Zeit. Das Weltbild der Piraten verweigert sich zudem konsequent dem unverzichtbaren und unauflösbaren Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung. Vor einem christlichen Menschenbild kann aber elitäres Gebaren ebenso wenig bestehen wie die bedingungslose Vergötterung eines neuen Mediums.

Der Autor veröffentlichte kürzlich das Buch „Internet und Demokratie“ und leitet das Projekt „Bürgerbeteiligung“ der Konrad-Adenauer-Stiftung. Bis 2009 war er für die CDU Mitglied des Deutschen Bundestages.